

Editorial

35 Jahre Westdeutsche Einheit: Antikommunismus – Neoliberalismus – Bellizismus

Dieses *Argument*-Heft ist das erste in neuer Folge, mit neuer Herausgeberschaft und neuer Redaktion – nach einem Wechsel über zwei Generationen hinweg. Wir führen mit ihm den Beginn der Zeitschrift in seinem Kampf dem Atomtod fort: *Forward strategy, massive retaliation, Armageddon* scheinen für zeitgenössische Politiker*innen wieder gängbare Fortsetzungen der Politik mit anderen Mitteln zu sein. Grenzenloser Militarismus ist seit Scholz' Superlativ der *Zeitenwende* und Merz' – den Superlativ seines Vorgängers noch überbietendem – *Epochenbruch* vorrangiges Staatsziel Deutschlands und wichtigste Investitionsanlage seines Nationalkapitals. Erneut ist darum wenigso geboten wie der Antimilitarismus, für den das *Argument* stets stand und einstand. Das gilt insbesondere gegen eine Hegemonie, die selbst weite Teile der ehemaligen Linken ins Racket des Bellizismus integriert hat. Gerade pluraler Marxismus, der auch als antikapitalistischer Organisationszusammenhang für Feminismus, Antirassismus und Ökologie jenseits ihrer bürgerlichen Formatierungen dient, kann die virilistische, kolonialistische, ökozidale Seite des Kriegsführers nicht ausblenden. Zudem ist das Militär als Fabrik des autoritären Charakters, die blinden Gehorsam, selbstbrecherische Disziplin und bedingungslose Opferbereitschaft – zum Zweck eliminatorischer Feindbildprojektion – produziert, eine der wichtigsten Brutstätten der Faschisierung: »A neo-fascist culture emerges through militarism, misogyny, extreme masculinization, and racism.¹ Dass solche grundsätzlichen Zusammenhänge, die die Analysefähigkeit der Linken seit ihrem Entstehen offenlegt, durch ganze Spektren derer, die sich heute in die Tradition der Linken stellen, rundheraus abgestritten und verleugnet, wenn nicht verleumdet werden, ist besorgniserregend. Die Entwendung aus der feministischen Kommune geschieht inzwischen ausgerechnet im Namen des Vaterlandes: So tritt der stählerne Kultus des Soldatentums – von der toxischen Männlichkeit heroischer Härte bis zum Töten- und Sterbenwollen zu ›höheren Zwecken‹ – seit Jahren als »feministische Außenpolitik« auf. Neben den Anfängen der Zeitschrift schließt sich das vorliegende Heft besonders an die *Argument*-Ausgaben der 1990er Jahre an. Sie traten geschlossen in Schwarz, da kondolierend auf: Der Kollaps des Realsozialismus war kein Grund zu undifferenziertem Feiern. Mit dem Wegfall der Systemalternative kannte der Turbokapitalismus und – in dessen Ruinen – das Ansteigen des braunen Sumpfs keine Grenzen mehr. Was die von oben verordnete Erinnerungskultur bis heute als »deutsche Einheit« feiert, stellte sich für Ostdeutsche zudem als Vereinheitlichung nach westdeutschem Skript und als feindliche Übernahme des DDR-Volkeigentums durch Westkapital dar – wobei die erste Folge des Treuhandtraumas die Baseballschlägerjahre waren. Wie bereits in *Argument* 183 festgehalten, fand zwischen Herbst 1989 und Winter 1990 eine »Wendung

der demokratischen Wende in Richtung Konsumismus und Nationalismus² statt. Diese Wendung als abermaliger Entwendungen ersetzte den Reformsozialismus durch ›DM-Nationalismus [Michael Brie], den Runden Tisch durch Helmut Kohl und die Bürgerrechtsbewegung durch die bürgerliche Gesellschaft. Schon mit der Reisefreiheit ging also die Reise nach rechts. Im Umgang mit der Zerschlagung der Wirtschaft, der Beseitigung der Kultur, dem Ausbluten Ostdeutschlands durch die Bundesrepublik bot diese ausgerechnet das Deutschsein als Kompensation an. Weil im neuen ostdeutschen – alten westlichen – Selbstverständnis die Verbindung zwischen Kapitalismus und Verelendung tabuisiert blieb, konnten als Ursache der verheerenden Lage nur mehr die Sündenböcke aus dem ›Ausland‹ in Frage kommen. Ethnozentrismus mitsamt dessen, was sich in den 1990ern so treffend ›Fremdenfeindlichkeit‹ nannte, blühte als giftigste Blüte des gebrochenen Versprechens blühender Landschaften auf. Der ›Fremde‹ fungierte als Feindbild, das man offiziell als Ventil anbot, um den unerträglich gesteigerten Druck des neuen ostdeutschen Alltagslebens – Arbeits-, Perspektiv-, Orientierungslosigkeit – gewaltsam ablassen zu können. Wenn die Wut sich nicht nach oben wenden kann, tritt sie nach unten; wenn ihr Feuer nicht das Klassenbewusstsein entflammt, entfacht es den Rassismus: Die ›deutsche Wiedervereinigung‹ stand im Zeichen brennender Asylheime.

Mit der Wende wurde also ein altes Stück neu aufgelegt, das man bis in unsere Tage inszeniert: Da von Klasse nicht mehr die Rede sein durfte, kehrte die ›Rasse‹ mitsamt ihrer ›Propaganda der Tat‹ zurück – das Pogrom eingeschlossen. Kassandra warnte und wurde nicht erhört – in diesem Fall Heiner Müller aus dem Jahr 1990: »Die Quittung für den gebremsten Klassenkampf ist der Umschlag in den Atavismus der Rassenkämpfe, die uns noch lange beschäftigen werden.«³ Gerade jene, die heute für den kapitalistischen ›Fortschritt‹ stehen – die Tech-Oligarchen des Silicon Valley – sind *Avantgarden dieses Atavismus*. Seit der Legitimationskrise des Neoliberalismus verschärft sich der ›Postfaschismus‹ [G.M. Tamás] der kleinen Leute auf den Straßen zum ›Spätfaschismus‹ [Alberto Toscano] des Establishments der Oligopole und Parlamente. Die [neo-]liberale Legitimation der Ungleichheit auf den Schultern der Eigenverantwortung wurde erst auf die Kulturalisierung und schließlich die Naturalisierung der ökonomischen Ungleichheit übertragen: »Ungleichheit wird nicht als selbstverständlich vorausgesetzt und so geschieht es, dass die einzige Kraft [...], die für Ungleichheit Legitimierung anbietet, ein großes Auditorium finden kann.«⁴ Diese Kraft ist die der Faschisierung. In Deutschland ist sie von der ›Wendung in Richtung Nationalismus und Konsumismus der Wendejahre nicht zu trennen.

Die wirtschaftswunderlich verzauberte ›Westbindung‹ 1990 verhieß für die ehemalige DDR nicht zuletzt nachholende ›Aufwestung‹ und damit nationalistisches ›Erwachen‹ der chronisch verspäteten Nation und ihres Stellvertreterkomplexes gegen ›den Osten‹. Dieser Osten wurde im ›Osterweiteren‹ des Westens nur weiter Richtung Russland, China und arabische Welt verschoben: Wie der ›schwarze Peter‹, wird auch die Zugehörigkeit zum Osten in Osteuropa rassistisch immer weitergereicht. Alle

2 Haug 1990, 669.

3 Müller 1990, 385.

4 Tamás 2010, 233.

wollen Westen sein. Das 1989/90/91 grenzenlos gewordene *»going west*, nunmehr auch *inch um inch eastward*, war synonym mit einem aggressiven Unilateralismus des Kapitals, koste er, was er wolle – und folglich mit Kriegen als *»Kollateralschaden*. Es läutete den westlichen Triumphalismus des Endes der Geschichte, die weitere Westernisierung des Ostens mitsamt seiner Linken, den Übergang zur Postdemokratie auch im Westen ein. Jenseits des deutsch-deutschen Provinzialismus verhieß das Geschichtszeichen der *»Freiheit* im kapitalistischen Weltsystem die enthemmte Freiheit des Marktes, also des Kapitals, also der Ausbeutung – vom megalomanischen Narrativ totaler Alternativlosigkeit des Kapitalismus begleitet.

Besagter *»Kollateralschaden* der Kriege wird inzwischen nicht mehr dem Zufall überlassen. Auch die *Zeiten-Wende*, die ein sozialdemokratischer Kanzler 2022 ausrief, steht nicht nur in Kontinuität mit der *Wendung* der Sozialdemokratie zur Kriegskreditpartei 1914, sondern mit der *Wende* des Jahres 1989⁵: Auf die westdeutsche Einheit folgten seinerzeit sukzessive der Zweite Golfkrieg, die Jugoslawienkriege sowie der Afghanistan- und Irakkrieg. Inmitten einer Postmoderne, die vermeintlich *»nach* den großen Erzählungen kam, wurden all diese Kriege als westliche Kreuzzüge gegen das Böse gerechtfertigt, zu denen den Heilsbringer Westen in Deutschland ausgerechnet die *»Verantwortung der Geschichte* verpflichtet habe. Die Militarisierung, die – nach zwischenzeitlichen Hemmnissen durch Traumata aus dem Zweiten Weltkrieg – mittlerweile in fast ganz Europa durchschlägt, geht durch die jeweiligen Gesamtgesellschaften. Kriegstüchtigkeit soll sich nach außen wie nach innen richten, was beim großen Bruder USA mit Nationalgarde und Bürgerwehr längst vorexerziert wird; das Bekämpfenswerte wird so auch in der eigenen Polis konstruiert, wo die *»fünften Kolonnen* stünden wie in den besten Zeiten der Dolchstoßlegende. Wie im klassischen Kolonialismus spaltet sich das *Wir* der *»guten Europäer* erneut von seinen Anderen ab, um darüber zu verfügen, wessen Leben *»betrauerbar* [Judith Butler] und welche Morde stattdessen als Errettung der Zivilisation zu zelebrieren sind. Die Tradition des *Argument* im Rücken, bleibt in solcher Gemengelage daran zu erinnern, dass es der Bellizismus ist, der – ganz wörtlich – entzivilisiert und dessen martialische Eskalationslogik schon einmal in die moderne Barbarei des Weltkrieges führte.

Die volkswirtschaftliche Konkurrenz der politischen Ökonomie, in der Krisenzeit ihrer Zentren zur imperialen Blockkonfrontation aufgestachelt und so in militanten Antagonismus übersetzt, ist erneut zur Weltkriegsgefahr geworden. Homolog zu dieser Bedrohungslage in den internationalen Beziehungen des Kapitals geschieht an der jeweiligen *»Heimatfront* der Nationen eine fast überall zu konstatiertende *»postliberale* [Ingar Solty] Entrechtung von Bürger*innen, Illegalisierung von Migrant*innen und Kriminalisierung von Linken. Das Freund/Feind-Denken zwischen den Staaten wird so in deren Innenpolitik widergespiegelt. Die Austeritätspolitik erlaubt sich in Deutschland heute genau eine Ausnahme: die Aufhebung der Schuldenbremse für Hochrüstung *»whatever it takes* [Merz]. Der autoritäre Neoliberalismus wird dergestalt kriegskeynesianisch ergänzt, was sowohl die säkulare Stagnation der westlichen Ökonomien beheben als auch ihre politische Krise bewältigen soll: *»The dual functions of accumulation and*

social control are played out in the militarization of civil society».⁶ Dieser Kurs hat den vorherigen – am Überholkurs der Volksrepublik China? – gescheiterten einer grünen Transformation der EU ersetzt: Statt Straßenbahnen erhofft man sich nun von Panzern Profite und Arbeitsplätze, wobei die strukturelle Arbeitslosigkeit im Fall des Kriegs ohnehin durch eine erhöhte Ratio an Sterbenden wegklassifiziert würde.

Der Befund, dass es ausgerechnet die sogenannten Mitte-links-Parteien SPD und Bündnis 90⁷ waren, die jene Zeitenwende als »Vollendung der Wende« in die Wege leiteten, ist keine Neuauflage der Sozialfaschismustheorie Sinowjews. Wenn, dann schließen sich seine Schlussfolgerungen an die Sozialchauvinismustheorie Lenins, vor allem aber an die Luxemburgsche Alternative Sozialismus oder Barbarei an. Gerade in Zeiten, die keine Einheitsfront ermöglichen, weil linke Kräfte bei Weitem zu schwach bleiben, steht er gewiss nicht gegen eine Volksfrontstrategie mit dem Lager der bürgerlich Demokratischen; doch lässt er uns fragen, ob das Lager der »Mitte« die Demokratie, selbst die bürgerlich eingehetete, überhaupt noch vertritt. Was, wenn es, einmal mehr, der unter Druck geratene »Mittelstand« [einst als Kleinbürgertum bekannt] ist, dessen gewählte Vertreter*innen der »bürgerlichen Mitte« gerade jene »Werte« realpolitisch beschädigen, wenn nicht zerstören, die sie vermeintlich »mit allen Mitteln« verteidigen wollen? Es brauchte die vergangenen Jahre jedenfalls nicht die AfD zur regierungsmäßlichen Durchsetzung grenzenloser Aufrüstung bei gleichzeitig verschärften Grenzkontrollen bzw. Einschränkungen des Asyl- und Migrationsrechts; es bedurfte nicht der AfD für Angriffe auf die Versammlungs-, Presse- und Wissenschaftsfreiheit »zu Hause« bei Defacto-Aberkennung des Völkerrechts, vom Internationalen Strafgerichtshof bis zur UN. Auch ohne Federführung der AfD verabschiedete die bundesdeutsche Gouvernementalität eine immer deutlicher rassistische, sozial-rassistische und antilinke Gesetzgebung bei gleichzeitiger Ausweitung der Exekutivgewalt gegen Migrant*innen, sozial Schwache und politisch Deviate. So beängstigend der Aufstieg der AfD also auch ist, er wird von den bürgerlichen Parteien der »Mitte« längst vorbereitet.

Der Nexus, den das vorliegende Heft unter dem Titel 35 Jahre westdeutscher Einheit behandelt, zieht zur Klärung des Trends der Faschisierung hauptsächlich drei Kontexte zusammen: das antikommunistische Syndrom, die neoliberalen Austerität und den kriegskeynesianischen Bellizismus.⁸ Aus diesem Nexus ist die Wende 1989/90/91 nicht wegzudenken als Schub der informell US-geführten Globalisierung mittels Landnahme des Ostens, welcher EU und NATO nur folgten. Das Manifest der neoliberalen Parteien – der Washington Consensus – wurde nicht umsonst 1989 geschrieben. Neben dem Südamerika der 1970er seit der Einsetzung der Chicago Boys in Chile, den angloamerikanischen 1980ern zwischen Thatcherismus und Reaganomics und den westeuropäischen 2000ern von New Labour wird gewöhnlich ein Jahrzehnt in der Geschichte des Neoliberalismus unterschlagen⁹: die 1990er mit ihrer auf Zentral- und Ost-europa angewandten Schockdoktrin des totalen Ausverkaufs vorheriger

6 Robinson, op. cit., 853.

7 Das Jahr 1990 ist nicht umsonst im Parteinamen der ehemals Grünen präsent: als »Wendung« weg von Pazifismus und Ökologie und hin zu Bellizismus und grünem Kapitalismus – wobei selbst letzter im Zeichen des Kriegskeynesianismus inzwischen verabschiedet wurde.

8 Vgl. auch Meisner 2025.

9 Zu den Ausnahmen zählt Ther 2014.

›Volksrepubliken des Volkseigentums‹, auf deren spezifisch westlichen Autoritarismus ein gewisser ›antiwestlicher‹ Rechtspopulismus wie naturwüchsig zu folgen hatte. Der Neoliberalismus war insofern nie ›progressiv‹ [Nancy Fraser], sondern immer schon autoritär, von Pinochet über Thatcher bis Rohwedder und Jelzin. Dennoch sehen wir heute eine neue Qualität des Autoritarismus, wie sie besonders in der bellizistischen Renaissance des Imperialismus deutlich wird, die die Menschheit erneut in einer »Lawine chauvinistischer Kriegsbegeisterung«¹⁰ zu zermalmen droht.

Aus der Perspektive der Emanzipation haben 35 Jahre Kollaps der Systemalternative jedenfalls hochgradig beunruhigende Tendenzen befördert. Der Horizont politischer Urteilskraft wurde eingezogen und jedes zukunftsversprechende Noch-Nicht, jede Unabgegoltenheit des Vergangenen, jede Historisierbarkeit falscher Faktizität in einen Präsentismus vakuiert, der kaum nichtkapitalistische Lebensformen überleben ließ. Mit der gleichsam welthistorischen wie geschichtsphilosophischen Wende 1989/90/91 expandierte ein kapitalistischer Realismus, für den sich das Ende der Welt leichter vorstellen lässt als das Ende des Kapitalismus¹¹; eben auf dem Weg zu ersterem scheinen wir inzwischen folglich zu sein. Befangen in solcher Klaustrophobie des Politischen kann die Alternative zum Liberalismus nur dessen Verschärfung sein, vom autoritären Neoliberalismus über den Anarchokapitalismus bis zum Rechtslibertarismus, wie wir sie heute besonders vom Trumpismus und seinen Verwandten kennen – inklusive Elon Musk und Jeff Bezos, Peter Thiel und Javier Milei. Die so genannten Alternativen unserer Zeit, inklusive *Alternative für Deutschland*, sind solche, die die Alternativlosigkeit des kapitalistischen Realismus gerade *nicht* antasten, sondern in ihr surreales Extrem treiben¹², indem sie die kapitalistische Basis unberührt lassen, ihre Konkurrenz, ihr Ressentiment und ihren Chauvinismus aber gesellschaftsweit enthemmen. Eben diese Doppelbewegung der rechten Alternativen *innerhalb* des kapitalistischen Realismus belegen ihren faschisierenden Charakter.

*

Vorläufiges zum Argument-Marxismus in neuer Folge und damit zur ungefährnen Linie der neuen Redaktion entwickelt der nächste Artikel. Hier sei nur so viel versichert, dass die Zeitschrift transdisziplinär praxisphilosophisch, ideologiekritisch-gegenhegemonial und plural marxistisch bleibt. Das bedeutet nicht, dass wir nur Texte publizieren, die sich mit diesem Selbstverständnis vollständig decken. Vielmehr braucht es in Zeiten globaler Faschisierung unter imperialistischen Vorzeichen diverse Interventionen aus einem breiten antifaschistisch-antimilitaristischen Spektrum, die von Heftthema zu Heftthema auf ihre je eigene Art gegen den Strom eingreifen. Das Ziel universeller Emanzipation über den Kapitalismus hinaus bleibt insofern das unsere, während die ökumenischen Wege zu ihm so unterschiedlich und verschlungen sein können wie jene, die stets schon nach Rom führten.

In den sich von Neuem verfinsternden Zeiten der Gegenwart eine Zeitschrift zu verantworten, deren Beitrag auch darin bestehen muss, alles,

10 Haug 2021, 35.

11 Vgl. Fisher 2009.

12 Vgl. Metz/Seeßlen 2018.

was in der eigenen Macht steht, dafür zu tun, um das Licht der Vernunft vorm Erlöschen zu bewahren, hat etwas Ehrfurchtgebietendes. Wir als neue Redaktion hoffen, jener Aufgabe zumindest in Teilen gerecht werden zu können. Gewiss ist, dass wir unseren Anteil nur unter historischer Mithilfe all derer zu leisten vermögen, die vor uns kamen. Zum Abschluss dieses Editorials möchten wir darum einige der Namen nennen, auf deren Schultern wir als neue Redaktion stehen, und damit einige jener Menschen, die den Ort geschaffen haben, von dem aus wir beginnen können – auch wenn unser Ausgangspunkt in Anbetracht der Weltlage kein glücklicher ist. Zunächst wollen wir uns bei Wolfgang Fritz Haug und Frigga Haug für die so theoretisch grundsätzliche wie politisch entscheidende, lebensfüllende, tagtägliche Arbeit am Marxismus, Feminismus und deren immanenter Verschränktheit über Dekaden hinweg bedanken, ohne die wir Neuen nicht die Grundlage hätten, auf der wir von nun an aufbauen, von der wir ausgehen und auf die wir zurückfallen können. Diese Grundlagenarbeit betrifft zudem das Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus [HKWM] und das Historisch-kritische Wörterbuch des Feminismus [HKWF], die gemeinsam den Hintergrund der Zeitschrift bilden. Als neuer Herausgeber möchte ich meinen Dank für das große Vertrauen aussprechen, das die Haugs – wie auch der Rest der bisherigen Redaktion und der Vorstand des InkriT – mir entgegenbringen, indem sie mir die Verantwortung für eine Rolle übertragen, die sie selbst über viele Jahrzehnte, durch Krisen hindurch, stets bei der Sache bleibend und ungebrochen kompetent ausgeübt haben. Ich bin besonders froh, dass sie, wie auch manch andere langjährige Mitarbeitende, dem wissenschaftlichen Beirat des *Argument* erhalten bleiben. Außerdem freue ich mich sehr, dass die feministische Sektion unter Unterstützung neuer Redakteur*innen dabei mithelfen will, dass auch weiter jedes dritte Heft ein explizit feministisches mit eigener Redaktion bleiben kann – so zumindest der Plan. Peter Jehle, Rainer Alisch, Hans-Jörg Tugunktke und Jan Rehmann haben sich bereit erklärt, sich weiter als Rezensionsredakteure zu engagieren – auch ihr Einsatz ist für die Zeitschrift unerlässlich. Überhaupt: Wenn Schuld ein Konzept wäre, hinter dem wir stehen könnten, stünden wir tief in euer aller Schuld. Das Danksagen in Ermangelung von Platz hiermit jedoch auf ein Minimum beschränkend, bleibt mir zuletzt nur übrig, Inga Kummernuß für ihren Beitrag beim Übergang von 343 zu 344, Sebastian Neumann für seinen fortbestehenden Einsatz als Korrektor, Matthias Kleyboldt für den seinen als Setzer, der Agentur *aufsiemitgebrüll* für das neue Design, Michael Ilg für seine (dieses erst ermöglichte) großzügige Spende sowie Else Laudan, Iris Konopik und Martin Grundmann für ihren Vertrauensvorschuss und ihre verlässliche Rückendeckung von Seiten des Verlages zu danken. *LM*

Bibliographie

- Fisher, Mark [2009] *Capitalist Realism. Is there no Alternative?*, Winchester/Washington: zero books.
- Haug, Wolfgang Fritz [1990] *Editorial*, in *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften*, 183, 669–672.
- Haug, Wolfgang Fritz [2021] *VorSchule zur Philosophie der Praxis*, Hamburg: Argument.
- Meisner, Lukas [2023] *Medienkritik ist links. Warum wir eine medienkritische Linke brauchen*, Berlin: Das Neue Berlin.

- Meisner, Lukas [2025] *Fluch[t]. Die Sintflut heißt Westen*, Wien: Mandelbaum.
- Metz, Markus; Seeßlen, Georg [2018] *Kapitalistischer (Sur)realismus. Neoliberalismus als Ästhetik*, Berlin: Bertz + Fisher.
- Müller, Heiner [1990] *Deutschland Ortlos. Anmerkung zu Kleist*, in Müller, Heiner [2005] *Werke 8. Schriften*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 382–387.
- Robinson, William I. [2018] *Accumulation Crisis and Global Police State*, in *Critical Sociology*, 45:6, 845–858.
- Tamás, G.M. [2010] *Marx zu 1989*, in Tamás, G.M. [2015] *Kommunismus nach 1989. Beiträge zu Klassentheorie, Realsozialismus, Osteuropa*, Wien: Mandelbaum, 199–235.
- Ther, Philipp [2014] *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin: Suhrkamp.